



Antworten der verschiedenen Parteien zum Fragenkatalog

Die Luxemburger Stop CETA & TTIP Plattform im Vorfeld der Wahlen, die Parteien, die in allen 4 Wahlbezirken antreten, mit diesbezüglichen Fragen konfrontiert. Zentrale Aussagen seien im Folgenden wiedergegeben (die KPL sowie die Piraten haben die Fragen nicht beantwortet). Die DP ihrerseits hat nicht die einzelnen Fragen kommentiert sondern einen Text formuliert, den Sie zum Schluss dieser Zusammenstellung finden.

Frage 1: Grundsätzliche Reform der Organisation des Weltmarktes

Sind Sie der Überzeugung, dass die Orientierung des Welthandels grundsätzlich reformiert werden muss, dies im Sinne eines gerechteren Welthandels gemäß sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien (siehe unsere Stellungnahme)? Wären Sie bereit, sich auf allen nationalen, europäischen und internationalen Ebenen, für eine fundamentale Neuorientierung einzusetzen?

Déi Gréng

déi gréng wollen den Welthandel sozial gerecht, fair und ökologisch nachhaltig gestalten. Fairer Handel braucht bessere Rahmenbedingungen und klarere Regeln und vor allem auch wirksame demokratische Mitentscheidung und Kontrolle. Wirtschaftliches Wachstum und Welthandel sind kein Selbstzweck, sie müssen der Gesellschaft und den Menschen dienen.

déi gréng werden sich auf allen Ebenen für einen Welthandel einsetzen, der auf starke und faire Regeln setzt, anstatt auf einseitige Liberalisierung. Wir wollen Verbraucher-, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards sowie die Menschenrechte in internationalen Handelsbeziehungen stärken. Sie müssen zu einem Herzstück der globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden. Nur so können Weltwirtschaft und -handel dazu beitragen, die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu lösen anstatt sie zu verursachen oder zu begünstigen: Klimakrise, Ressourcenverschwendung, ungebremster ökologischer Raubbau, Armut und Hunger, gewalttätige Konflikte und Kriege, sowie in der Folge die Flucht von Millionen Menschen.

LSAP

Ja. Die LSAP setzt sich für einen ethischen und fairen Welthandel ein. Der Handel muss der sozialen Entwicklung aller beteiligter Länder dienen, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, die Menschenrechte garantieren und den Frieden fördern.

CSV

Vom Grundsatz her treten wir als CSV sowohl für einen freien als auch für einen fairen Welthandel ein, der prioritär innerhalb multilateraler Strukturen stattfinden soll. Denn nur der Multilateralismus kann chaotische Zustände, wie wir sie gegenwärtig leider im Handelskonflikt mit den USA haben, verhindern. Daraus folgt auch, dass wir uns ebenfalls für eine Neuorientierung einsetzen. Allerdings eher für eine evolutive als für eine fundamentale. Denn wir brauchen ein neues Gleichgewicht im Sinne eines Welthandels mit einem nachhaltigeren Wachstum. Schließlich hängen in der EU 31 Millionen Arbeitsplätze direkt vom Export ab.

ADR

D'ADR setzt sich grundsätzlich für einen gerechten Welthandel an, und fordert den Druck von der Migration von armen Ländern zu reicheren Ländern zu reduzieren. D'ADR steht zu den internationalen Handelsabkommen, die Kraft haben, nach dem Prinzip „pacta sunt servanda“. Bei Abkommen, die an der Verhandlung teilnehmen oder später verhandelt werden sollen, besteht D'ADR auf Regeln der Fairness für alle Parteien, wobei die Interessen der „schwachen Länder“, ihrer Ökonomie und ihrer Arbeitnehmer geschützt werden müssen.

Déi Lénk

Wir sind in der Tat der Überzeugung, dass der Welthandel grundsätzlich reformiert werden muss, um sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien gerecht zu werden und haben uns bislang vehement auf allen politischen Ebenen dafür eingesetzt. Derzeit wird die Welthandelsordnung von bilateralen Freihandelsabkommen dominiert, deren Anzahl und Anwendungsbereiche ständig steigen. Daraus ergibt sich eine starke Konkurrenzsituation zwischen den Ländern in Handelsfragen, die zwangsläufig eine Schwächung von sozialen oder ökologischen Prinzipien mit sich bringt. Wir sind der Meinung, dass eine fortschrittliche Welthandelsordnung nur durch ein starkes multilaterales Regelwerk gewährleistet werden kann. Die derzeitigen Verträge der Welthandelsorganisation sind aber nur schwer in diese Richtung reformierbar, besser wäre die Gründung einer neuen Welthandelsorganisation auf UN-Ebene.

Frage 2: Überarbeitung bestehender Abkommen

Sind Sie der Überzeugung, dass alle bestehenden Freihandelsabkommen der EU aufgrund ökologischen, sozialen und demokratischen Kriterien grundsätzlich überarbeitet werden müssen und u.a. auch der geltende Investorenschutz sowie die regulatorische Kooperation aufgehoben werden?

Déi Gréng

Die bestehenden EU Freihandelsabkommen erfüllen nicht die oben beschriebenen Ziele. Wohl gab es in den letzten Jahren einige neue Elemente, doch handelt es sich hierbei keineswegs um eine grundsätzliche Neuorientierung. Auch wenn beim CETA Abkommen die neue Schiedsgerichtsbarkeit für Investoren besser ist als das Vorgängermodell, so bleibt dennoch das grundsätzliche Problem der Schaffung einer Parallel-Justiz für ausländische Investoren. Es braucht viel eher einen vollwertigen Internationalen Handelsgerichtshof, d.h. eine Gerichtsbarkeit mit öffentlicher Rechtssprechung, einem breiten Zugang - d.h. nicht nur für Konzerne – und einer Pflicht neben dem jeweiligen Handelsabkommen auch die anderen globalen Verträge zu Umwelt, Klima, Arbeitsnormen, usw. zu beachten.

Wir drängen darauf, dass auch problematische Elemente wie der regulatorische Kooperationsmechanismus abgeändert werden. Handelsabkommen dürfen nicht die Möglichkeiten eines Staates einschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der eigenen Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen. Neue Handelsabkommen dürfen auch nicht automatisch zu einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen und es muss sichergestellt werden, dass Staaten, Regionen oder andere öffentliche Akteure jederzeit die Möglichkeit behalten, bereits privatisierte Bereiche wieder in öffentliche Hand zurückzuführen.

LSAP siehe Frage 3

CSV

Eine grundsätzliche Überarbeitung aller bestehenden EU-Freihandelsabkommen wäre nur mit einer neuen Ratifizierung jedes einzelnen Abkommens durch 28 Parlamente möglich. Das erscheint uns deshalb als nicht sehr realistisch. Gleichwohl befürworten wir jedoch periodische ökologische, soziale und demokratische Verbesserungen und Anpassungen, wenn sich Opportunitätsfenster auftun. Was die konkrete Frage nach dem geltenden Investorenschutz angeht, so sind hier die geltenden Verträge einzuhalten. Unabhängig von unserer politischen Bewertung muss hier Rechtssicherheit gelten. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind darauf angewiesen.

ADR

Akkorden, déi a Kraaft sinn, sollen integral a gehale ginn. Rezent Decisiounen, ënner anerem vun de Vereenegte Staaten aus Amerika, weisen datt eng Denonciatioun vun Akkorden oder en unilateraalt Austriede vun Akkorde méi schuet wéi notzt. Och beim ausschaffe vun neie Reegele fir den Investisseureschutz muss opgepasst ginn, datt d'Investisseuren duerno nach weider an anere Länner, dobäi och an manner entwéckelte Länner, investéieren an sech net aus dem Welthandel zréck zéien wëll hirer Meenung de Risiko fir hir Entreprise ze grouss ass.

Déi Lénk

Wir sind grundsätzlich der Meinung dass alle Verhandlungen zu bilateralen Freihandelsabkommen weltweit eingefroren werden müssten, um die Diskussionen über eine neue fortschrittliche Welthandelsordnung auf die multilaterale Ebene zu verlagern. Da dies aber politisch schwer machbar ist, wäre eine grundsätzliche Überarbeitung der bestehenden und zukünftigen EU-Freihandelsabkommen

sicher sinnvoll. Dem Investorenschutz stehen wir grundsätzlich kritisch gegenüber, da wir keine Notwendigkeit dafür sehen. Die regulatorische Kooperation in den Verträgen der neuen Generation ist so ausgelegt, dass er derzeitige soziale oder ökologische Standards auf intransparente Weise senkt oder zumindest einfriert (Lock-in-Effekt). Deshalb sind wir resolut gegen die Verwendung von solchen Mechanismen.

Frage 3: Reorientierung neuer Abkommen

Treten Sie dafür ein, dass ebenfalls alle neu zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen entsprechend reorientiert werden?

Déi Gréng

Wir treten für einen Kurswechsel in Bezug auf Sinn und Zweck der internationalen Handelspolitik ein, weg vom Ziel der Profitmaximierung und Shareholdervalue, hin zur Schaffung von hoher Lebensqualität bei minimalem Energie- und Ressourcenverbrauch. déi gréng stellen sich dabei auch gegen die Art und Weise, wie diese Abkommen bisher ausgehandelt wurden: hinter verschlossenen Türen und unter Verweigerung einer öffentlichen Diskussion.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung müssen auch die ganzen Verhandlungs- und Entscheidungsprozeduren überdacht werden. Die bisherigen Entscheidungsstrukturen der EU und der Mitgliedsstaaten in Sachen Handelspolitik haben sich als ungeeignet erwiesen. Die EU Institutionen und die nationalen Regierungen müssen dieses Problem anerkennen. déi gréng wollen die demokratische Kontrolle der europäischen Handelspolitik stärken und neben dem EU Parlament auch die nationalen Parlamente frühzeitig – bereits bei der Ausarbeitung der Verhandlungsmandate – beteiligen.

LSAP

Die LSAP erkennt den Nutzen und die Notwendigkeit multilateraler und bilateraler Handelsabkommen an; sie besteht jedoch darauf, dass diese in aller Transparenz ausgehandelt und auf demokratischem Weg diskutiert und beschlossen werden, und dass sie hohe soziale und ökologische Standards festschreiben, um Umwelt- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben.

Künftig sollen sämtliche Freihandelsabkommen der EU soziale und ökologische Mindeststandards aufweisen, die nicht unter den Maßgaben des CETA- Abkommens liegen. Geltende Verträge mit Drittstaaten oder bilaterale Abkommen zwischen Mitgliedsstaaten müssen entsprechend nachgebessert und die bestehenden Schiedsgerichtssysteme endgültig abgeschafft werden.

Die regulatorische Kooperation erachten wir als nützlich, sofern sie sich auf die Definition technischer Normen und Standards beschränkt und nicht als Hintertür zur Aufweichung oder Umgehung vertraglicher Vereinbarungen missbraucht wird.

CSV

Bei Freihandelsabkommen, die neu verhandelt werden, stellt sich die Frage anders. Hier müssen wir verstärkt aus der Vergangenheit lernen. Konkret bedeutet das, dass wir Fehler vermeiden und die

positiven Elemente weiter ausbauen sollen. Mit dieser Methode werden wir die Freihandelsstandards kontinuierlich verbessern können.

ADR

Beim ausschaffen a verhandelen vun neien Akkorde musse Reegele vu Fairness fir all Parteien gëllen, woubäi och déi ekonomesch Situatioun an de Retard vun de „schwache Länner“ muss berécksiichtegt ginn. Kritären vun Ëmweltschutz, sozialer Sécherheet a gudder Gouvernance däerfen doranner virkommen, ouni awer datt déi „räich“ Länner deenen „aarme“ Länner Oplagen diktéieren, déi e reelle Wirtschaftswuesstem guer net opkomme loossen.

Déi Lénk

Wir unterstützen selbstverständlich jegliche Bemühungen die auf eine fortschrittliche Abänderung der derzeitigen Vorgehensweise abzielen. Soziale, ökologische und demokratische Zielsetzungen müssen unmissverständlich Vorrang haben gegenüber der privaten Profitmaximierung. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Bevölkerung auf demokratische Weise in die Ausarbeitung solcher Verträge eingebunden ist.

Frage 4: Haltung zu CETA

Werden Sie als Partei in der Abgeordnetenkammer beim notwendigen Votum zu CETA gegen den Investorenschutz stimmen?

Déi Gréng

Der Europäische Gerichtshof hat in den vergangenen Monaten in mehreren Urteilen die Handelspolitik der EU-Kommission fundamental in Frage gestellt, insbesondere was die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und von nationalen Parlamenten angeht. Auch beim Investorenschutz bestehen grundsätzliche Bedenken, was die Vereinbarkeit mit europäischem Vertragsrecht angeht. déi gréng teilen diese juristischen Bedenken. Es darf deshalb kein Chamber-Votum über CETA, bzw. zum neuen ICS-Investorenschutz geben, solange der Europäische Gerichtshof kein Urteil über dessen (In)Kompatibilität mit EU Recht gefällt hat.

LSAP

Die LSAP wird dem gemischten Teil des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) nur dann zustimmen, wenn

- der EuGH die Vereinbarkeit der geplanten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit mit europäischem Recht festgestellt haben wird;
- die Unparteilichkeit und Unbefangenheit der Schiedsgerichtsmitglieder durch einen entsprechenden Verhaltenskodex sichergestellt ist.

CSV

In der Politik muss man immer Pro und Contra abwägen. Fakt ist, dass beim Investorenschutz wesentliche Verbesserungen erreicht werden konnten. So hat man sich zum Beispiel auf einen bilateralen Gerichtshof mit 15 von EU und Kanada genannten unabhängigen Schiedsrichtern einigen können, die über Streitfälle zwischen Unternehmen und Staaten urteilen werden. Kanada hat die Vorschläge der EU-Kommission akzeptiert, was keineswegs selbstverständlich war. Ceta ist demnach nicht mit TTIP zu vergleichen. Trotz mancher Unzulänglichkeiten hat das Ceta-Abkommen für uns einen gewissen Modellcharakter. Es ist das beste Freihandelsabkommen, das die EU jemals verhandelt hat. Deshalb werden wir Ceta im Parlament unsere Zustimmung geben. Kanada ist das Land außerhalb Europas, das unserem Verständnis der nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft am nächsten kommt. Wenn wir kein Abkommen mehr mit Kanada abschließen können, dann mit keinem anderen Land. Gleiches gilt auch für das Freihandelsabkommen mit Japan, das für uns ebenfalls beispielhaft ist. Denn auch hier stehen die Arbeits-, Sicherheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards im Vordergrund. Sowohl das Ceta- als auch das Japan-Abkommen werden wir dennoch regelmäßig überprüfen müssen. Im Interesse der Wirtschaft. Vor allem aber im Interesse der Bürger!
Mitgeteilt von der CSV Fraktion

ADR

D'ADR huet sech an der Chamber dofir agesat, datt den CETA-Akkord muss als ganzt vum Lëtzebuurger Parlament ratifizéiert ginn (oder net). Beim Investisseureschutz, dee méi liicht misst ze reegele sinn tëschent ekonomeschen Entitéiten déi op engem Niveau sinn, musse Reegele fonnt ginn déi och vun den Investisseuren akzeptéiert ginn.

Déi Lénk

Wir stehen dem Investorenschutz grundsätzlich skeptisch gegenüber, da dieses Konzept zwangsläufig in Widerspruch steht zu demokratischen Grundprinzipien. Deshalb werden wir im Parlament auch gegen jede Form des Investorenschutzes stimmen, unabhängig vom jeweiligen Kontext.

DP

Die DP hat nicht die einzelnen Fragen beantwortet, sondern folgenden Text eingereicht:

Die DP ist grundsätzlich der Meinung, dass Freihandelsabkommen die europäische sowie die luxemburgische Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand vermehren. Der freie Handel ist gewissermaßen der Motor für die Entwicklung der globalen Wirtschaft und der einzelnen Gesellschaften. In Bezug auf das CETA-Abkommen mit Kanada hat sich die DP deshalb von Anfang an und prinzipiell für ein solches Abkommen ausgesprochen. Gleichzeitig vertritt die DP die Meinung, dass die Wirtschaft und wirtschaftliches Wachstum den Menschen zu gute kommen sollen. Für die Demokratische Partei ist deshalb ganz klar, dass Freihandelsabkommen keine Unterminierung der europäischen Normen hinsichtlich des Arbeitsrechtes, des Konsumenten- und Naturschutzes mit sich bringen dürfen. Einzig und allein eine Konvergenz nach oben ist für uns akzeptabel, d.h. dass die EU

mittels solcher Abkommen Anregungen schafft, dass ihre Handelspartner die gleichen hohen Standards übernehmen.

Private Schiedsgerichte stellen ebenfalls ein problematisches Element in der globalen Wirtschaftsarchitektur dar, da sie die Rechtstaatlichkeit aushebeln und die Interessen privater Konzerne gegen das Allgemeinwohl eines Staates ausspielen können. Die DP begrüßt deshalb ausdrücklich, dass im Rahmen des CETA-Abkommens eine neue Regelung zum Investorenschutz eingeführt wurde, das sogenannte *Système de Cour d'investissement* (SCI). Dieses sieht vor, dass ein öffentliches Gericht, bestehend aus Richtern, die hohen Anforderungen gerecht werden müssen und einem strengen Verhaltenskodex unterworfen sind, zuständig für die Schlichtungen von Streitfragen ist.

Zudem sind Profitverlust oder die Verabschiedung von Gesetzen zum Schutz des Allgemeinwohles der einzelnen Mitgliedsstaaten für Firmen nicht als Grund zulässig, von Staaten Entschädigungen einzuklagen. Die Transparenz des Verfahrens sowie die Einbindung von betroffenen Drittparteien erlauben eine ideale Vereinbarkeit von Investorenschutz und Verteidigung des Allgemeinwohles.

Im Zuge der schwierigen Verhandlungen von CETA hat sich die DP von Anfang an klar für diese Punkte ausgesprochen und, zusammen mit den drei anderen großen, im Parlament vertretenen Parteien, dementsprechende Motionen gestimmt. Demnach unterstützt die DP auch das Engagement der Europäischen Kommission, das SCI in allen zukünftigen Freihandelsabkommen, wie z.B. im Freihandelsabkommen mit Japan (JEFTA), umzusetzen.